

**PFLEGEFINANZIERUNG** Für Reiche dürfte es bald teurer werden, sich in einem bernischen Pflegeheim betreuen zu lassen. Seite 27

BERN

Jeden Freitag nach TABARKA und TUNIS-HAMMAMET  
**BERN-BELP → TABARKA**  
 1 Wo **998.-** Club Abou Nawas 3\* ALL INKLUSIVE Abflug 4. und 11. Sept. 031 511 75 00  **www.xenotours.ch**

# «Bern neu gründen» ist gegründet

Ein überparteilicher Verein will «das politische Zusammenwachsen» in der Region Bern vorantreiben

Der Verein «Bern neu gründen» hat gestern nach seiner Gründung auf dem Gurten die Vision der Kernagglomeration präsentiert. Der Verein will die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bern und ihren Nachbargemeinden fördern.

DANIEL VONLANTHEN

Der private Verein versteht sich als Bewegung von unten zur Stärkung des wirtschaftlichen Zentrums und als Antwort auf die räumliche Aufteilung der Schweiz in drei starke Metropolitanräume, in der die Bundesstadt aber lediglich auf Rang vier steht. Dabei hatte das Alte Bern sich bis anno 1798 in seiner grössten Ausdehnung in der Geschichte von Zürich bis nach Genf erstreckt.

Claude Longchamp, Historiker und Politologe aus Hinterkappelen und Leiter des Forschungsinstituts GFS Bern, gehört zu den führenden Köpfen des Vereins «Bern neu gründen». Im Anschluss an die gestrige Gründungsversammlung auf dem Gurten erinnerte er an die Geschichte Berns, in deren Verlauf sich Grösse und Grenzen immer wieder verändert hätten. Bern sei mehrmals neu gegründet worden, so Longchamp. Ihre letzte grosse Veränderung in der Ausdehnung erlebte die Bundesstadt nach dem Ersten Weltkrieg 1919 mit der Eingemeindung von Bümpliz.

## «Mehrwert produzieren»

Die «Einverleibung einer Ausseggemeinde» durch die Stadt Bern kommt laut Longchamp heute gewiss nicht mehr infrage. Der Zusammenschluss zu einem grösseren Ganzen müsse demokratisch erfolgen und einen «Mehrwert produzieren». Auf welchem Weg das Zusammenwachsen geschehe, sei offen: Der Verein will einen Dialog auslösen und hat über die Formen der Zusammenarbeit eine Studie in Auftrag gegeben.

Fusionen seien kein Tabu, aber nicht das vorrangige Ziel, sagte Rosmarie Kiener, Wohlener Gemeinderätin (sp plus) und Regionale Geschäftsführerin des WWF Bern. Zusammen mit FDP-Grossrat Christoph Stalder hat sie das Kopräsidium inne. Als Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des neuen Vereins fungiert Fürsprecher Christian Cappis, der bereits als Geschäfts-



Sie wollen **Bern stärken**: Christoph Stalder, Rosmarie Kiener, Thomas Stauffer, Michael Aebersold, Regula Rytz (v.l.).

ADRIAN MOSER

fürher des Netzwerks Espace Mittelland für die Stärkung des Wirtschaftsraums Bern gekämpft hatte.

## Stalders 1.-August-Rede

Stalder hatte in seiner 1.-August-Rede 2001, damals in der Funktion des Stadtratspräsidenten, über die Vision von Grossbern gesprochen – und damit zahlreiche Persönlichkeiten vor den Kopf gestossen. «Das Nebeneinander und Gegeneinander muss dem Miteinander Platz machen», sagte der Freisinnige Politiker aus der Stadt Bern. Stalder zeigte sich überzeugt, Bern und die Agglomerationsgemeinden müssten zusammenrücken. In den letzten Jahren habe ein Umdenken stattgefunden. Städte wie Luzern und Lugano machten es vor und setzten alles daran, grösser zu werden. Die Bevölkerung in den Gemeinden müssten bei Entscheidungen in der Stadt Bern mitbestimmen können, schliesslich seien sie Mitbenützer von städtischen Einrichtungen. Stalder will für ein neues «Wir-Gefühl» kämpfen und den Leuten aus Stadt und Agglomeration ihre gegenseitigen Abhängigkeiten bewusst machen. Stalder

betonte zudem, der Verein «Bern neu gründen» stelle keine Konkurrenz zur Regionalkonferenz Bern-Mittelland dar. Das neue regionale Gremium nimmt Anfang nächsten Jahres seine operative Tätigkeit auf (siehe Kasten).

Der Verein zählt nach eigenen Angaben rund hundert Mitglieder. An der gestrigen Gründungsver-

sammlung waren rund 40 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft anwesend. Die Stadt Bern ist mit Gemeinderätin Regula Rytz (gb) und Stadtrat Michael Aebersold (sp) im Vorstand vertreten – beide allerdings auf freiwilliger Basis und nicht in offizieller Mission. Weitere Vorstandsmitglieder sind Annema-

rie Lehmann-Schoop, Fürsprecherin/Mediatorin und ehemalige FDP-Stadträtin; Thomas Stauffer (fdp), Gemeindepräsident von Kehrsatz; Martin Gerber (sp), Raumplaner und ehemals Gemeindepräsident von Wohlern.

Zum Think Tank gehören nebst dem Politologen Longchamp ein Dutzend Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Planung und Universität, unter ihnen die beiden Berner Professoren Paul Messerli und Hansruedi Müller.

## Dialog aufnehmen

Der Verein operiert nach eigenen Angaben mit einem Budget von 5000 Franken und basiert auf Freiwilligenarbeit. Der Verein plant eine breit angelegte Werbekampagne zur Stärkung der Idee der Hauptstadtregion Bern. Er will Gespräche führen mit Kanton, Exekutiven und Legislativen der Zentrumsgemeinden, der Regionalkonferenz, Parteien, Wirtschaftsverbänden, Bildungs- und Kulturinstitutionen. 2010 will er am Politforum Thun teilnehmen, das dem Thema «Gemeindepolitik zwischen Autonomie und Fusion» gewidmet ist.

## 98 Gemeinden vereint

Für Verkehr, Raumplanung, Kultur und Regionalpolitik im Grossraum Bern-Mittelland ist ab Anfang nächsten Jahres die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) zuständig. 98 Gemeinden inklusive der Stadt Bern bilden diese Konferenz. Die Behördendelegation «Bernplus» wählte Isabelle Meyer Stalder zur neuen Geschäftsführerin. Sie ist mit den Aufgaben vertraut, bekleidete sie dieses Amt doch schon in der Vorgängerorganisation – im Verein Region Bern (VRB). Zudem hatte sie als Pro-

jektleiterin den Aufbau der RKBM vorangetrieben. In der regionalen Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 wurde die Einführung von über 80 Prozent der Stimmenden gutgeheissen. Die RKBM operiert mit einem Budget von 2,9 Millionen Franken und deckt sich mit dem Gebiet des Regierungsstatthalteramts. Isabelle Meyer sieht im privaten Verein «Bern neu gründen» keine Konkurrenz. Sie sieht sich zur Neutralität verpflichtet und lehnte eine Mitgliedschaft im Verein ab. (dv)

ZUR SACHE:



**Rosmarie Kiener** ist Kopräsidentin des neuen Vereins und Gemeinderätin in Wohlern (sp plus).

## «Leidensdruck ist vorhanden»

«BUND»: Regionalkonferenz, Hauptstadtregion Bern und jetzt noch «Bern neu gründen»: Stiften Sie da nicht Verwirrung?

**ROSMARIE KIENER:** Die Regionalkonferenz deckt 98 Gemeinden ab. In diesem riesigen Gebilde können nur die Gemeindepräsidenten und -präsidentinnen mitreden. Es ist zwar eine sinnvolle Institution. Wir aber wollen ein Mitbestimmungsgremium bilden, das ein enges Gebiet mit der Stadt und den Agglomerationsgemeinden umfasst.

Wurde die Regionalkonferenz also falsch aufgegleist?

Nein. In diesem Gremium sind die politischen Behörden vertreten, nicht aber die Bevölkerung. Wir streben eine Zusammenarbeit an der Basis an. Auch die Bürgerinnen und Bürger in den Nachbargemeinden sollen in Bern mitbestimmen können, wenn es beispielsweise um Verkehrsfragen wie die Sperrung der Halenstrasse oder den autofreien Bahnhofplatz geht.

Sie sind Vizegemeindepräsidentin von Wohlern. Was bietet ihre Gemeinde umgekehrt der Stadtbevölkerung an?

Unsere Gemeinde ist Naherholungsgebiet für die Stadtbevölkerung. Die Stadt ist auf intakte Natur angewiesen. Die Uferwegplanung oder der Bau eines Hochhauses in Hinterkappelen zum Beispiel sind Fragen, die auch die Stimmenden der Stadt Bern interessieren dürften. Bei einer Fusion wird die Infrastruktur durch beide Gemeinden finanziert. Aber Wohlern ist keine Referenzgemeinde für eine Fusion. Die Stadt mit ihrer starren Gemeindegrenze muss sich weiterentwickeln können. Deshalb soll ihre Grenze aufgelöst werden.

Ortsplanungen in Gemeinden stossen oft auf Ablehnung, weil die Bürgerinnen und Bürger nur an ihrem eigenen Gärtchen interessiert sind. Wie kann der Blick fürs Ganze geöffnet werden?

Das ist eine grosse Herausforderung; das müssen wir erst noch herausfinden. Es braucht mehr Solidarität. Die Bevölkerung muss für die übergeordneten Zusammenhänge sensibilisiert werden. Die Leute müssen erkennen, wenn nötige Entwicklungen blockiert sind, gerät Bern gegenüber den Metropolitanräumen ins Hintertreffen. Das wird spätere Generationen treffen. Unsere Kinder werden bei der Bildung und bei der Jobsuche benachteiligt sein, wenn sie nicht auswandern. Das Steuerniveau wird hoch bleiben, wenn sich die Region nicht entwickelt. Der Wirtschaftsraum leidet.

Der Leidensdruck ist offensichtlich noch zu klein. Alle winken ab, wenn sie das Wort Fusion nur hören.

Der Leidensdruck ist vorhanden, gerade wenn man die Revision der Ortsplanungen betrachtet. Aber der Begriff Fusion löst bei vielen Angst aus – Angst vor Demokratieverlust. Wir wollen in eine andere Richtung gehen und uns Zeit lassen bei der Suche nach dem besten Zusammenarbeitsmodell. Wenn die Fusion einen Gewinn für alle bringt, ist sie die beste Lösung. Es muss ohne Zwang gehen; aber vielleicht braucht es zusätzliche Anreize durch den Kanton.

Interview: Daniel Vonlanthen

# Ampel steht auf Grün

Die Gemeinde Kaufdorf bewilligt die Auktion auf **Messerlis Autofriedhof** – sie soll am 19. September stattfinden

Franz Messerli hat die verlangte Viertelmillion Franken auf einem Konto hinterlegt. Nachdem die «Barsicherheit» gewährleistet worden ist, hat der Gemeinderat der Auktion vom 19. September zugestimmt. Gegen 800 Autowracks kommen dabei unter den Hammer.

SIMON WÄLTI

Die verrotteten Oldtimer auf dem Autofriedhof in Kaufdorf werden am Wochenende vom 19. und 20. September versteigert. Der Gemeinderat hat grünes Licht für eine Auktion erteilt, nachdem die Verantwortlichen eine «Barsicherheit»

von 250 000 Franken hinterlegt hatten. Das Geld sei auf ein Konto eingezahlt worden, sagte Gemeindepräsident Markus Borer (sp). Die Verhandlungen seien erfolgreich mit einer Vereinbarung abgeschlossen worden. Damit sei sichergestellt, dass die vereinbarten Räumungs- und Sanierungsmassnahmen notfalls von der Gemeinde autonom durchgesetzt werden könnten, ohne dass sie dafür auch noch zahlen müsste, heisst es in einer Mitteilung des Gemeinderats. Der Nettoerlös aus der Auktion wird zusätzlich für die Begleichung der Kosten sichergestellt.

Das Ziel sei, dass Messerli den Autofriedhof selber räume und nicht, dass die Gemeinde den Vollzug übernehmen müsste, erklärte Borer. «Die Auktion ist eine sinnvolle Lösung zur Erfüllung der Sanie-

rungsmassnahmen.» Es gebe sicherlich Interessenten für die alten Autos.

## Bis Ende Jahr definitiv geräumt

Gemäss der Medienmitteilung hat der Gemeinderat die bereits abgelaufenen Fristen grosszügig verlängert. «Ziel ist es, dass der Autofriedhof bis Ende Jahr definitiv geräumt ist», sagte Borer dazu. Um den Autofriedhof ist seit mehreren Jahren ein Streit entbrannt. Die Behörden verlangten vom Besitzer mehrfach die Räumung der rund 800 Autowracks, weil diese auf unbefestigtem Gelände deponiert wurden und den Boden zu verseuchen drohen – bisher ohne Erfolg. Im Rahmen eines Kunstprojekts, das die verrosteten Oldtimer ins «rechte Licht» rückte, erhielt der Autofriedhof plötzlich nationale und

internationale Bekanntheit. Verschiedene Institutionen sprachen den Oldtimern kulturhistorischen Wert zu und verlangten deren Konservierung.

## Interesse bei der Wissenschaft

Vor einigen Monaten tauchte die Idee einer Versteigerung durch einen Fachmann auf. Die Versteigerung wird Reinhard Schmidlin, Besitzer der Oldtimer-Galerie Toffen, übernehmen. Allein schon die Katalogisierung der Wracks gestaltete sich schwierig. Eine Mischung aus «Gehölzpflege und Dschungelkampf», wie es auf der Internetseite der Oldtimer-Galerie heisst.

Auch die Wissenschaft hat sich jüngst für den Autofriedhof begeistert. So führt die Hochschule für Konservierung und Restauration der Kantone Neuenburg, Bern und Jura

Untersuchungen an den Wracks durch, um Auto-Konservierungstechniken zu erforschen («Bund» vom 28. August).

## Gerichtstermin für Messerli

Der Autofriedhof sei mit einem archäologischen Grabungsfeld zu vergleichen, hiess es bei der Hochschule. Man führe nun so etwas wie eine Notgrabung durch. Die Autos seien seit ihrem Abstellen auf dem Gelände bei Kaufdorf unangetastet geblieben.

Nach der Versteigerung hat Franz Messerli noch einen weiteren wichtigen Termin. Wegen Ungehorsams gegen amtliche Verfügungen muss er sich am 8. Oktober vor Gericht verantworten. Messerli ist angeklagt, weil er verschiedene Räumungsfristen ungenutzt verstreichen liess.